

# Todesstrafe für Schüler

**KGB-KNAST** Das Potsdamer Gefängnis des ehemaligen sowjetischen Geheimdienstes steht für eine bislang kaum erforschte Geschichte der Unterdrückung

VON CARL ZIEGLER

„Wer nicht gehorchte musste tagelang in den Karzer“, erklärt Sebastian Ziegler und zeigt auf eine enge Strafzelle im Keller, die nicht größer als einen Quadratmeter ist: „Kein Licht, keine Frischluft, kein Essen und Trinken.“ Zeitzeugen hätten berichtet, dass sie in diesem Karzer nackt und bis zum Knöchel in kaltem Wasser stehen mussten. Eine zeitliche Orientierung hätten nur die Kirchenglocken aus der Umgebung gegeben.

Ziegler ist Student der Potsdamer Uni und führt an den Wochenenden durch das ehemalige KGB-Gefängnis in der Potsdamer Leistikowstraße 1. Direkt am Neuen Garten und dem Schloss Cecilienhof fällt das unsanierte, graue Haus mit seinen vergitterten Fenstern deutlich auf. Authentizität war dem Träger, der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, wichtig. Sie hat das Haus deshalb schlicht konserviert und begehbar gemacht.

Übrigens müsse er mal mit einem großen Missverständnis aufräumen, erklärt Ziegler während des Rundgangs: „Im Volksmund wird das Haus zwar KGB-Gefängnis genannt, aber der russische Geheimdienst war nie hier. In diesem Haus residierte ein Militärtribunal der Antispiionageeinheit der sowjetischen Armee.“ Die habe dem Staatssicherheitsministerium unterstanden und nicht wie der KGB dem Innenministerium.

Dieser Fakt erschwert die Stiftung die Rekonstruktion der Geschehnisse im ehemaligen Pfarrhaus, das der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein (EKH) 1916 baute. Nach dem Abzug des sowjetischen Militärs aus Deutschland vor 15 Jahren gewährte Moskau lediglich einen kurzen Einblick in die Akten des Innenministeriums, aber eben nicht in die des Staatssicherheitsministeriums. So blieben der Stiftung nur die Zeitzeugen. 1994 sind die letzten russischen Soldaten aus Potsdam in ihre Heimat zurückgekehrt, so Ziegler, und mit ihnen wohl auch alle Dokumente. Bis auf einige Pritschen habe das Haus leer gestanden.

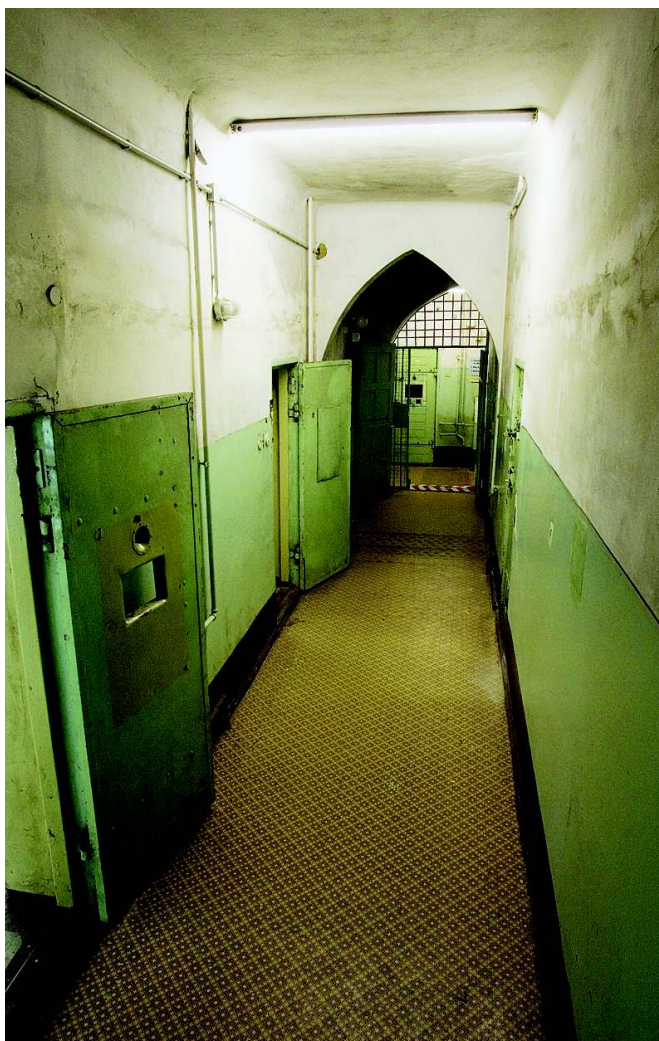
Immerhin: Für die Zeit zwischen 1945 und 1953, als zahlreiche deutsche Zivilisten wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Gegnerschaft gegen die sowjetischen Besatzer oder die DDR einsaßen, fanden sich Zeitzeugen. Sie berichteten von unmenschlichen Behandlungen, Folter und drakonischen Stra-

fen. Männer, Frauen und Jugendliche, Deutsche und Russen, wurden in der Leistikowstraße so lange verhört, bis sie endlich die in Russisch verfassten Selbstbezeugungen unterschrieben. „Wir schätzen, dass es ungefähr 1.200 deutsche Gefangene gegeben haben muss“, sagt Ziegler. „Zwischen vier und acht Menschen mussten in diesem Verlies ausharren. Je nach Widerstand blieben die Gefangenen ein bis sechs Monate. Niemand wurde freigesprochen.“

Die Mindeststrafe des Militärtribunals waren 15 Jahre Zuchthaus oder Arbeitslager. An der Tagesordnung war auch die Todesstrafe, die wie alle Urteile im Geheimen und ohne Richter und Verteidiger verhängt wurde. Am schrecklichsten sei die Geschichte einer Potsdamer Klasse mit 13-Jährigen gewesen, berichtet Ziegler. Er steht jetzt in einem mintgrün gestrichenen Raum im ersten Geschoss des Hauses. Hier warteten die Verurteilten, Rücken an Rücken sitzend, teilweise tagelang auf ihren Abtransport. Die Schüler hätten in der Nachkriegszeit das Verbrechen begangen, den Russischunterricht nicht gut zu finden. Das habe gereicht, um sie wochenlang in der Leistikowstraße zu verhören und schließlich abzuurteilen. Einer von ihnen sei mit dem Tod bestraft worden. Der Grund: antisowjetische Agitation. Hingerichtet wurden die Gefangenen in Moskau, so Ziegler. Warum dieser logistische Aufwand für die Vollstreckung betrieben wurde, weiß er nicht.

„Es ist eben sehr wenig bekannt“, rechtfertigt Ziegler die Wissenslücken. „Das Gefängnis war in einem militärischen Sperrbezirk. Den meisten Potsdamern war bis 1994 nicht einmal seine Existenz bekannt.“ Die Stiftung der Leistikowstraße will deshalb jetzt ein Projekt starten. An vielen Wänden der Zellen und Karzer fand man unzählige Inschriften, von den Gefangenen mit den Fingernägeln eingekratzt. Es sind Tagesstriche, Namen oder einfache Zeichnungen. Eine Forschungsgruppe soll sie jetzt dokumentieren und versuchen, über Kirchenbücher und Rotkreuz-Listen weitere ehemalige Insassen ausfindig zu machen – auch in Russland.

Der EKH, dem das Gefängnis 1994 rückübertragen wurde, baute vor einigen Jahren das Nachbarhaus um. Das ehemalige Verhörgebäude ist jetzt schön hell und saniert. Das ist wohl die Ironie des Schicksals.



Der Zellentrakt im ehemaligen KGB-Gefängnis in Potsdam ist wieder zugänglich. Foto: Gordon Welters/EPD

## Das Gedenkjahr in Potsdam

■ Neben Berlin feiert auch Potsdam 20 Jahre friedliche Revolution. Eine Stadtrundfahrt der Touristinformation führt unter anderem zur Glienickebrücke, zum Schloss Cecilienhof und in die „verbotene Stadt“ des KGB. Infos unter [www.potsdamtourismus.de](http://www.potsdamtourismus.de)

■ Das KGB-Museum heißt offiziell „Gedenkstätte Leistikowstraße“. Das ehemalige Gefängnis hat am Wochenende von 11 bis 17 Uhr geöffnet. Infos über die ausschließlich geführten Besuche unter Telefon: (03 31) 2 01 15 40.

■ Ein weiterer Gedenkort ist die Gedenkstätte Lindenstraße 54: In dem seit 1820 als Gerichtsort und Gefängnis benutzten Gebäude wurden von 1952 bis 1989 politische Häftlinge der Stasi verhört, gefoltert und jahrelang inhaftiert. Die weitläufige Anlage kann dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr besichtigt werden. Tel.: (03 31) 2 89 68 03. (kl)



Das unsanierte Gebäude fällt auf. Es vermittelt Authentizität. Foto: DDP

## Reli spaltet türkische Community

Der Volksentscheid „Pro Reli“ spaltet die türkische Community in Berlin. Über 60.000 Deutsche türkischer Herkunft können am 26. April darüber abstimmen, ob Religion zum Wahlpflichtfach an Berliner Schulen werden soll. Die Initiative „Pro Reli“ kann auf Unterstützung seitens der Türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion (Ditib) setzen. Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB), sein Mitgliedsverein, der Türkische Elternverein, sowie das Kulturzentrum der Anatolischen Alaviten hingegen haben sich am Freitag klar für „Pro Ethik“ positioniert.

Ender Cetin, Öffentlichkeitsmitarbeiter der Ditib: „Wir wollen einen aufgeklärten islamischen Religionsunterricht unter staatlicher Verantwortung.“ Seitens des TBB wird die Forderung nach einem freiwilligen Fach Islamkunde laut. Safer Çinar, Sprecher des TBB, erklärt: „Den Religionsunterricht, den die Islamische Föderation derzeit erteilt, halten wir für fragwürdig. Die Schüler sind einer größeren Abkapselung ausgesetzt, und der soziale Druck gerade auf Mädchen wächst.“

Laut einer vom Institut Ipsra durchgeführten repräsentativen Umfrage finden über 65 Prozent der befragten Muslime den Gedanken an einen Islamunterricht unter staatlicher Aufsicht in Deutsch gut oder sehr gut. „Diese Umfrage beeindruckt mich nicht“, sagt Çinar von TBB. „Die meisten Familien möchten Gleichstellung und dass ihre muslimischen Kinder unterrichtet werden wie die Christen.“ Çinar bezweifelt aber, dass bei der Fragestellung auch genau erklärt wurde, was genau mit staatlicher Aufsicht gemeint sei.

Devrim Deniz Nacar, Generalsekretärin des Kulturzentrums Anatolische Alaviten, macht deutlich: „In unserer multikulturellen Stadt liefert Ethik das Fundament für ein friedliches Miteinander. Wichtig ist aber, dass das eine das andere auch nicht ersetzen soll.“ (tiha)

## Kritik an SPD-Flyer zu „Pro Reli“

Der Bund der Steuerzahler Berlin hat der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus vorgeworfen, in der Auseinandersetzung mit der Initiative „Pro Reli“ Steuergelder zweckfremd zu haben. Der Versand des für einen gemeinsamen Ethik-Unterricht werbenden Flyers „Gemeinsam – nicht getrennt“ an Berliner Haushalte habe gegen das Fraktionsgesetz verstoßen, erklärte der Vorsitzende Alexander Kraus am Freitag. Die „inhaltliche Beeinflussung von Wahlberechtigten vor Volksentscheiden“ sei keine Information über Arbeit und Aufgabenstellung einer Fraktion und daher nicht rechtens, erklärte Kraus. Er kündigte an, die „missbräuchliche Verwendung von Steuergeldern durch die SPD-Fraktion“ in der nächsten Sitzung der Fraktionskommission gegenüber Parlamentspräsident Walter Momper zur Sprache zu bringen. „Ich erwarte eine genaue Aufschlüsselung der Kosten, die dann zurückerstattet werden müssen“, sagte der Vorsitzende des Steuerzahlerbundes. (afp)

## Gegendarstellung

Gegendarstellung zum Interview mit **Bischof Huber** in der taz vom 11. April 2009, Seite 31, „Ich habe nichts gegen Ethikunterricht“:

**Auf Ihre Frage:** „Warum sollen Schüler nicht wie bisher Ethik haben und zusätzlich Religion wählen dürfen? Warum sehen Sie die beiden Fächer als Konkurrenz zueinander?“

**antwortet Bischof Huber:** „Weil der Ethikunterricht beansprucht, auch Kenntnis über Religionen zu vermitteln. Und weil der Religionsunterricht auch eine ethische Orientierung vermittelt. Und die Konkurrenz sehe nicht nur ich: Bei der Parlamentsdebatte um die Einführung des Ethikunterrichts hieß es vonseiten der Linkspartei, Ziel

sei auch, Schülerinnen und Schüler von ihrer Herkunftsreligion zu entfernen.“

**Der Mann sagt die Unwahrheit:** Kein Abgeordneter unserer Partei hat bei der Parlamentsdebatte um die Einführung des Ethikunterrichts so etwas gesagt. Das ist auch nicht unser politisches Ziel.

Berlin, den 17. 4. 2009  
Klaus Lederer,  
Vorsitzender  
DIE LINKE,  
Landesverband Berlin

Die Linke Berlin hat Recht. Das Zitat lässt sich durch Protokolle der Parlamentsdebatten nicht belegen. Bei einem Pressehintergrundgespräch am 8. März

2005 hatte die damalige stellvertretende PDS-Fraktionsvorsitzende Carola Freundt vorgeschlagen, einen Werteunterricht als Pflichtfach einzuführen. Dabei äußerte sie, „es geht auch darum, die Herkunftsreligionen zu relativieren. Die Schüler müssen die anderen Kulturen kennen und verstehen lernen.“ Die Redaktion